

Antrag 123/I/2022

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Solidarische Krankenversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Bundestag und in
2 der Bundesregierung sind aufgefordert, sich für eine deut-
3 liche Erhöhung der derzeitigen Beitragsbemessungsgren-
4 ze zur GKV von derzeit 58.050 Euro im Jahr einzusetzen.
5 Die Berechnung der jährlich anzupassenden Beitragsbe-
6 messungsgrenze soll sich an der Bemessungsgrenze zur
7 allgemeinen Renten- und Arbeitslosenversicherung orien-
8 tieren. Gleiches gilt für die Versicherungspflichtgrenze.
9
10 Die SPD setzt sich seit Jahren für eine solidarische Bürger-
11 versicherung ein. Dies ist in den verschiedenen Koalitionen
12 nicht erfolgreich gewesen. Mit einer deutlichen Erhö-
13 hung der Beitragsbemessungsgrenze wird nicht das Ziel
14 einer Bürgerversicherung aufgegeben.

15

16 Begründung

17 Im Jahr 2021 verdiente eine vollzeitbeschäftigte Person
18 durchschnittlich 4100 Euro brutto im Monat. Das ist ein
19 Brutto-Jahreseinkommen von etwa 49.200 Euro im Jahr.
20 Im Vergleich zum Vorjahr ist das Durchschnittsgehalt so-
21 mit um 125 Euro monatlich gestiegen (Statistische Bun-
22 desamt). Die Bemessungsgrenze zur GKV in Höhe von
23 58.050 Euro im Jahr erreichen Vollzeitbeschäftigte im öf-
24 fentlichen Dienst des Bundes mit E14 oder E15 sehr schnell.
25 Dann können sich diese Beschäftigte aus der solidarischen
26 Gemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung ver-
27 abschieden. Mit einer Erhöhung geht es aber deutlich in
28 die Richtung, dass starke Schultern (hier: gut Verdienen-
29 de) in einer solidarischen Gemeinschaft mehr tragen.